

1806
April 1.

Niebuhr, unter dessen Leitung die Kopenhagener Bank sich eines vorzüglichen Rufes erfreute. Niebuhr, durch eine ihm widerfahrene unverdiente Zurücksetzung gekränkt, nahm den Antrag an, und trat unter der Bedingung, zu keinem Geschäfte gebraucht zu werden welches Dänemark schädlich oder feindlich wäre, mit einem Gehalte von 3000 Thalern in Preussischen Dienst. Seine Ankunft in Berlin erfolgte jedoch erst im October 1806, wo er nach wenig Tagen in die Flucht der Geldinstitute mitverwickelt ward.

S i e b e n t e r A b s c h n i t t .

Januar bis September 1806.

Als Haugwitz seinen Schönbrunner Vertrag nach Berlin überbrachte, so ward er mit den lebhaftesten und allgemeinen Vorwürfen überhäuft. In einer Berathung unter dem Vorsitze des Königs zeigte Hardenberg wie gefährlich es sey, Landschaften welche der König mit vollem anerkanntem Rechte besaß gegen ein Churfürstenthum wegzugeben, welches Napoleon nicht gehörte; man beschloß den Vertrag nur bedingungsweise anzunehmen, die Besignahme Hannovers bis auf den Frieden zwischen England und Frankreich auszusetzen, und Haugwitz ward nach Paris geschickt um dem Französischen Kaiser diese Entscheidung genehm zu machen. Der Französische Gesandte Laforest, durch Lombard von Allem, selbst von den Abstimmungen der Minister unterrichtet, bezeichnete⁵⁶ seinem Hofe jetzt die Wege um auch die Königin zu versöhnen, und trug bei Duroc auf eine öffentliche Ehrenbezeugung für Lombard an, der in Abwesenheit des Grafen Haugwitz alle Bestrebungen der Gegner Frankreichs vereitelt habe und dafür mit den heftigsten Angriffen überschüttet werde⁵⁷. Haugwitz ward von Napoleon ungnädig empfangen; der Kaiser erklärte den Schönbrunner Vertrag für er-

Ioschen, und ließ durch Talleyrand einen neuen viel schmälicheren entwerfen, wodurch Preußen sich verpflichten sollte, alle seine Häfen den Engländern zu schließen und sich Hannover unwider- ruflich anzueignen: Haugwitz müsse diesen Vertrag unterzeich- nen oder den Krieg annehmen. Haugwitz unterzeichnete am 15ten Februar. Napoleon fügte der Gewalt noch den Schimpf hinzu, er ließ Anspach, Neuenburg und Cleve in Besitz nehmen noch ehe die Preussische Genehmigung des Vertrages erfolgt war; und da Preußen unvorsichtig seine Truppen bereits ent- waffnet hatte, so genehmigte es am 9ten März einen Vertrag, wodurch es ohne Schwerdtstreich aus der ersten Reihe der Europäischen Mächte herabstieg.

Es waren noch nicht zwanzig Jahre seit Friedrichs des Großen Tode verstrichen. Der Niederlage des Kabinetts folgte die des Heeres auf dem Fuße.

Der Vertrag vom 15ten Februar sollte seinem Grundsatz nach Preußen vollständig vereinzeln, ihm das Vertrauen sei- ner bisherigen Verbündeten wie aller unbetheiligten Mächte rauben, und es ganz in Abhängigkeit von Frankreich setzen. Napoleon benutzte seinen Erfolg um diese Zwecke vollständig zu erreichen, und indem er schonungslos auf Erfüllung drang, um Preußen unwiderruflich von seinen Hülfen zu scheiden, ging er zugleich rücksichtslos mit festem Schritte dem Ziel der gänz- lichen Unterjochung seines jetzigen Verbündeten entgegen. Zuerst benutzte er die Englischerseits erfolgte Veröffentlichung einer vertraulichen Note Hardenbergs zu hämischen und giftigen Aus- fällen im Moniteur, und nöthigte dadurch den König zu Ent- lassung des Kabinettsministers, welcher der schrankenlosen leicht- sinnigen Hingebung Haugwitzens und Lombards widerstehen konnte und deren Politik entschieden widersprochen hatte. Dann

April 1.

trieb er Preußen zu Besitzergreifung Hannovers und Aus- schließung der Engländer von den Häfen der Nordsee, eine

Maßregel welche von England mit der Beschlagnahme der Preussischen Handelsflotte und Blokade der Nordseehäfen er- widert ward, und Kriegszustand nicht nur mit England sondern auch mit Schweden herbeiführte, da Gustav IV. Adolf den Besitz von Lauenburg für Georg III. verteidigte und die Preussische Schifffahrt in der Ostsee verfolgte. Um den König auch noch mit Rußland zu überwerfen, rieth ihm der Fran- zösische Gesandte sich Schwedisch-Pommerns zu bemächtigen, Mai 16. welcher Versuchung jedoch der König widerstand. An demselben Tage als die Preussische Erklärung gegen die Englischen Schiffe erfolgte, ließ Napoleon einen Angriff auf Preussisches Gebiet ausführen, indem sein Schwager Murat, den er zum Groß- März 28. herzog des abgetretenen Cleve und des Bayerischen Berg gemacht hatte, die Preussischen Bezirke Elten, Essen und Werden be- setzte; ein Schritt der ungeachtet der Gegenvorstellungen des Königs nicht zurückgenommen, vielmehr von Napoleon herrisch behauptet wurde, und schärfer blickenden Männern schon damals verrieth, daß der Augenblick sich näherte, wo nach so viel ver- geblichen Weigerungen dennoch zum Schwerdte werde gegriffen werden müssen.

Diese Begebenheiten erregten bei allen Freunden des Vater- landes den tiefsten Schmerz und lebhafteste Entrüstung über die Herabwürdigung Preußens und die Blindheit, den Leicht- sinn, die Verdorbenheit der Staatsmänner, die es wehrlos dem Feinde zu überliefern schienen, und wie vielfältig behauptet und geglaubt wurde, verkauft hätten. Dieser Unwille sprach sich bei Hofe, unter den höhern Beamten, den Offizieren in der Hauptstadt und den Provinzen aus; aber es gab keine gesetz- liche Einrichtung, diese Stimmung vor das Ohr des Königs zu bringen. Die Minister, jeder ausschließlich mit seinem Ge- schäftszweige betraut, hatten keine Stimme über die Geschäftsführung des Kabinetts; allgemeine Stände waren nicht vorhan-

ben, die Märkischen Stände ein bloßes Kreditinstitut der Rittergutsbesitzer, die unter strengster Vormundschaft gehaltenen und eigener Lebensrichtung entbehrenden Städte fühlten weder Veruf noch Muth zur Rede, selbst wenn sie gedacht hätten; das Heer hatte zu gehorchen, nicht zu berathen. Und da auch die mangelhafte politische Bildung, soweit sie sich in der höchst beschränkten und vorsichtigen Tagespresse aussprach, eine unmittelbare Wirkung auf die höhere Politik nicht ausübte, so fehlte es an jedem Element den König aufzuklären und zu bestimmen.

Stein hatte so lange als möglich die Hoffnungen auf ein kräftiges Eingreifen getheilt, seine Freunde beruhigt und auf die in der Zusammensetzung des Staats liegenden Hindernisse einer raschen nachdrücklichen Entscheidung entschuldigend hingewiesen, und indem er das Unabänderliche als Bestimmung einer weisen allwaltenden Vorsehung aufnahm, sich selbst und andere stets an die Erfüllung der eigenen Pflichten gehalten. „Man muß auf die großen Beispiele aus der Geschichte zurückblicken und Vertrauen auf die Vorsehung haben,“ schrieb er am 16ten November an Herrn von Vincke; nach der Austerlitzer Schlacht, als Preußen 180,000 Mann unter den Waffen hatte und Rußland, Sachsen, Hessen zu ihm standen, beruhigte er seinen Freund; indem er den Gesinnungen, Grundsätzen und der Arbeitsamkeit des Ministers Hardenberg Gerechtigkeit widerfahren ließ, bemerkte er, bei einer so complicirten Maschine, bei so viel Einwirkungen lasse sich nicht Alles geradezu durchsetzen; Preußen werde nicht zugeben, daß Napoleon das Hannoversche besetze. Um die Rückkehr der Franzosen zu verhindern hielt er vorläufige Besignahme dieses Landes durch Preußen für nothwendig, sowie die einstige Erwerbung beim allgemeinen Frieden für wünschenswerth, um Preußen Zusammenhang und zur Vertheidigung Deutschlands größere Kraft zu gewähren. Als

Haugwitz nach Paris gesandt war, bekämpfte Stein Vincke's Unmuth und setzte die Lage der Dinge auseinander: Jan. 3.

„Ew. rc. Unwille über die gegenwärtige Lage der öffentlichen Angelegenheiten wird sich hoffentlich durch folgende Betrachtungen etwas mildern.

Hätte eine große moralische und intellectuelle Kraft unseren Staat gelenkt, so würde sie die Coalition, ehe sie den Stoß der sie bei Austerlitz traf erlitten, zu dem großen Zwecke der Befreyung Europas von der französischen Uebermacht geleitet, und nach ihm wieder aufgerichtet haben. Diese Kraft fehlte; ich kann dem, dem sie die Natur versagte, so wenig Vorwürfe machen, als Sie mich anklagen können nicht Newton zu seyn, — ich erkenne hierin den Willen der Vorsehung und es bleibt nichts übrig als Glaube und Ergebung.

Hannover wird occupirt und administriert. Sie denken sich den Fall, daß wir die Ereignisse benutzen und Hannover mit unserm Staat vereinigen. Es ist aber anders. Bonaparte hat Hannover besetzt und will es England im Frieden schlechterdings nicht zurückgeben. — Oesterreich hat es für den Churfürst von Salzburg gefordert, diesem hat es Bonaparte aber abgeschlagen und uns angeboten. — Wir occupiren und administriren bis zu dem Frieden wo es uns zugesichert werden wird.

Soll Preußen diese Vergrößerung, welche es abrundet, mit Menschen und Einkommen verstärkt, von sich stoßen?

Soll es diesen Angriffspunkt für England der seine eigene Sicherheit gefährdet in demselben Zustand lassen?

Was soll geschehen? soll der Krieg im nördlichen Deutschland fortgehen, die alliirten Truppencorps zerstört oder in das Meer gesprengt werden?

Besetzt, aber nicht eingeräumt, Ihr Unwille sey gegründet, wird dadurch Ihr Mißmuth und Ihre Abspannung gerechtfertigt? hat die Preussische Monarchie kein Interesse für Sie

als Ihre subjektive Beziehung auf die Machthaber; in welchem Verhältniß steht dieser Staat zu Deutschland? zu der Europäischen Civilisation — ist sein Daseyn gleichgültig, ist er der Beredlung der Menschheit nachtheilig, welchen Contrast macht unser beständiges Murren über die Regierung mit der Anhänglichkeit des Oesterreichers an seinen Monarchen, der einen Krieg unbesonnen angefangen, feige geendigt u. s. w.

Sie werden mit nächstem das Edikt wegen realisirbarer Tresorscheine erhalten, in Münster wird bei der Banque eine Realisations-Anstalt gemacht. Bey dieser Sache habe ich die Grundsätze von Smith Wealth of Nations B. II. cap. 2. vor Augen gehabt. Diese bitte ich durchzulesen.“

Die Stimmung, welcher diese Aeußerungen entfloßen, ward durch den Vertrag vom 15ten Februar völlig verändert. Die Schmach dieses Schrittes und seine verderblichen Folgen ergriffen Niemand mit solcher Hefigkeit als Stein. In der vollen Ueberzeugung daß der Untergang welchem König und Staat unausweichlich näher geführt wurden, nur durch Aenderung des Cabinets abgewehrt werden könne, welches diesen gräßlichen Zustand herbeigeführt hatte, entschloß er sich, was auch für ihn persönlich die Folge seyn möge, seinem Eide als Minister getreu dem Könige die Wahrheit zu enthüllen. Als das Englische Ministerium, welches nach Pitt's Tode die Regierung übernommen hatte, die Preußische Politik der letzten Monate vor das Parlament brachte, und eine Kriegserklärung von dort täglich erwartet werden konnte, entwarf Stein am 27sten April eine „Darstellung der fehlerhaften Organisation des Cabinets und der Nothwendigkeit der Bildung einer Ministerial-Conferenz“ worin er die Ursachen der Gefahr, die Mittel ihr zu entgehen schildert, und sich entschlossen erklärt seine Stelle niederzulegen, wenn der König auf die Vorschläge nicht

eingehet. Um den Erfolg dieser Darstellung zu sichern hielt er eine gemeinschaftliche Uebergabe durch mehrere der angesehensten Beamten für nothwendig. Er theilte die Schrift dem Minister v. Schrötter mit, milderte auf dessen Bemerkung mehrere Stellen, verzichtete namentlich darauf die Entfernung des Generals v. Rökris zu fordern, und ließ dann die Schrift durch Schrötter dem General v. Röchel zugehn. Der General v. Röchel befehligte damals das Besatzungsheer in Hannover, ein kleiner feuriger Mann, von originalem Geist, kräftigem edlem und patriotischem Character, der bei mehr Nachgiebigkeit Schonung und Gewandtheit, bei Züglung seiner über Kleinigkeiten auflobernden Hefigkeit, einen großen Einfluß auf den König gehabt haben würde. Er war, wie Clausewitz es ausdrückt, eine aus lauter Preußenthum concentrirte Säure; in seiner Jugend durch Friedrich den Großen ausgezeichnet, galt er als dessen Repräsentant im Preußischen Heere; er hatte im Revolutionskriege tüchtig gekämpft und besaß das Vertrauen des Königs. Stein schrieb ihm am 5ten Mai: der gegenwärtige Zeitpunkt scheine für die Entfernung des Cabinets günstig; das Englische Parlament habe die Beschlagnahme der Preußischen Schiffe einstimmig genehmigt, Foxens und der übrigen Minister Reden athmen den tiefsten Unwillen über Preußens politisches Betragen seit dem November und die höchste Erbitterung über die der Englischen Flagge durch Schließung der Häfen zugesügte Beleidigung; dadurch habe man die Hanoversche Sache zur Englischen National-Angelegenheit gemacht. Der König fühle sich äußerst unglücklich über seine gegenwärtige Lage; er habe geäußert . . er wüßte nur, daß man ihm Beweise der Verrätherei dieser Leute gäbe, so würde er sie entfernen; er verabscheue sie. Die ganze Kabale sey in sehr großer Unruhe und Verlegenheit, das Mißvergnügen auf das Höchste gestiegen. „Ich wüßte, schloß Stein, daß Euer Excellenz durch die gegenwärtige verwickelte Lage der Angele-

genheiten veranlaßt herüberkämen, um dem König die Nothwendigkeit der Veränderung von Maßregeln und Personen darzustellen. Ich werde zugleich Eurer Excellenz ein Schreiben an den König übergeben, worin ich ihn um meine Entlassung bitte, im Fall er nicht die verabredeten Vorschläge annimmt. . der höchste Grad des Unverständes ist, das Werkzeug der Verworfenheit anderer zu werden.“

Die Ueberkunft des Generals v. Röchel fand Schwierigkeiten; Stein entschloß sich daher am 10ten Mai allein zu handeln; er änderte also den Schluß, und wählte den mildesten Weg für den König, indem er der Königin, vor welcher ihr Gemahl kein Geheimniß hatte und die bisher die Partei des Grafen Haugwitz nahm, aber durch die neuen Ereignisse im höchsten Grade besorgt ward, die Denkschrift übergab; ein besonderes Schreiben sollte den König auf den Inhalt vorbereiten und die reinen Gründe des Schrittes darstellen:

An des Königs Majestät.

„Die Stelle eines Staatsministers, welche Eure Königl. Majestät mir unter dem 27sten October 1804 anvertraut haben, legt mir die Pflicht auf

über wichtige allgemeine Angelegenheiten der Monarchie mit Freymüthigkeit und Unbefangtheit Höchstenenselben meine Meynung vorzutragen, und mein Gutachten abzugeben.

Dieser Pflicht entledige ich mich in dem anliegenden Memoire, das die Mängel der gegenwärtigen Regierungs-Versaffung darstellt, und dessen Inhalt ich Eure K. Majestät zu beherzigen und Selbst ohne Theilnahme anderer zu prüfen bitte.

Persönliche Bewegungsgründe zu dem Schritt welchen ich thue, habe ich nicht; in meiner bisherigen Geschäftsführung erhielt ich nur Beweise des Zutrauens Eurer Majestät — Vortheile aus der möglichen Annahme meiner Vorschläge kann ich nicht erwarten, da ich hiermit mein Ehrenwort verpfände alle

dieserjenigen so mir auf irgend eine Weise dadurch zufließen könnten abzulehnen, Nachteile aber kann der Schritt zu welchem ich mich entschlossen für mich haben, indem er mir vielleicht das Mißfallen Eurer Majestät zuzieht und mich nöthigt meine Entlassung nachzusuchen.

Ich glaube mich von allen persönlichen Absichten frey, und halte es für Pflicht in meinen Dienstverhältnissen Eurer K. Majestät über die wichtigsten Angelegenheiten der Monarchie mit Freymüthigkeit meine Meynung zu äußern, die Folgen aber dieser Art zu handeln von der Vorsehung mit Gelassenheit zu erwarten, in deren Hand das Schicksal der Regenten und der Staaten und des geringsten ihrer Bewohner ist.“

„Darstellung der fehlerhaften Organisation des Cabinets und der Nothwendigkeit der Bildung einer Ministerial-Conferenz.

Zu der Untersuchung des Zustandes der Angelegenheiten dieser Monarchie wird jeder bedeutende öffentliche Beamte aufgefordert durch die Gefahr die sie bedroht ihre Selbständigkeit und die ergiebigsten Quellen des Nationalreichthums zu verlieren, und durch den Unwillen der Nation über den Verlust ihres alten wohl erworbenen Ruhms.

Der Preussische Staat hat keine Staatsverfassung; die oberste Gewalt ist nicht zwischen dem Oberhaupt und den Stellvertretern der Nation getheilt. Er ist ein sehr neues Aggregat vieler einzelnen durch Erbschaft, Kauf, Eroberung zusammengebrachter Provinzen. Die Stände dieser Provinzen sind örtliche Corporationen, denen eine Mitwürfung bey der Provincial-Verwaltung anvertraut ist, die aber nur örtliche und nicht allgemeine Verhältnisse zu beurtheilen und zu leiten berechtigt sind, wenn nicht der Gang der allgemeinen Angelegenheiten gelähmt und irre geleitet werden soll.

Da der Preussische Staat keine Staatsverfassung hat, so

ist es um so wichtiger, daß seine Regierungsverfassung nach richtigen Grundsätzen gebildet sey, und da er eine solche besitzt, da sie nur durch den Gang der Zeit untergraben worden, so ist es nothwendig sie in einer dem gegenwärtigen Zustand der Dinge angemessenen Form wiederherzustellen.

Nach der gesetzlich bestehenden Regierungsverfassung ist der Inbegriff der ganzen Staatsverwaltung vertheilt zwischen denen Haupt-Departements, der Militairbehörde, dem Cabinets-Ministerio, dem General-Directorio, dem Justiz-Ministerio und der Schlesiſchen Ministerialbehörde.

Der Vereinigungspunkt sämmtlicher Haupt-Departements ist der Staatsrath, der gegenwärtig aus funfzehn Mitgliedern besteht.

Er ist aber gegenwärtig nur auf wenige und nicht bedeutende Geschäfte eingeschränkt, und kann in Hinsicht auf Ansehen und Würksamkeit als nicht existirend betrachtet werden.

Friedrich Wilhelm I. herrschte selbständig, berathschlagte, beschloß und führte aus durch und mit seinen versammelten Ministern.

Er bildete die noch vorhandene Verwaltungsbehörden und regierte mit Weisheit, Kraft und Erfolg.

Friedrich der Große regierte selbständig, verhandelte und berathschlagte mit seinen Ministern schriftlich und durch Unterredung, führte durch sie aus, seine Cabinets-Räthe schrieben seinen Willen, und waren ohne Einfluß.

Er besaß die Liebe der Nation, die Achtung seiner Bundesgenossen, das Zutrauen seiner Nachbarn.

Friedrich Wilhelm II. regierte unter dem Einfluß eines Favoriten, seiner Umgebungen, sie traten zwischen den Thron und seine ordentlichen Rathgeber.

Gegenwärtig verhandelt berathschlagt beschließt der Regent mit seinem Cabinet, dem mit diesen affiliirten Grafen von

Haugwitz, und seine Minister machen Anträge und führen die in dieser Versammlung gefaßten Beschlüsse aus.

Es hat sich also unter der jetzigen Regierung eine neue Staatsbehörde gebildet, und es entsteht die Frage ist diese Anstalt nützlich? und

erfetzt die Güte ihrer subjectiven Zusammensetzung das Unvollkommene der Einrichtung selbst?

Diese neue Staatsbehörde hat kein gesetzliches und öffentlich anerkanntes Daseyn; sie verhandelt beschließt fertig aus in der Gegenwart des Königs, und im Namen des Königs.

Sie hat alle Gewalt, die endliche Entscheidung aller Angelegenheiten, die Besetzung aller Stellen, aber keine Verantwortlichkeit, da die Person des Königs ihre Handlungen sanctionirt.

Denen obersten Staatsbeamten bleibt die Verantwortlichkeit der Anträge, der Ausführung, die Unterwerfung unter die öffentliche Meynung.

Alle Einheit unter den Ministern selbst ist aufgelöst, da sie unnütz ist, da die Resultate aller ihrer gemeinschaftlichen Ueberlegungen, ihrer gemeinschaftlichen Beschlüsse von der Zustimmung des Cabinets abhängen.

Diese Abhängigkeit von Subalternen, die das Gefühl ihrer Selbständigkeit zu einem übermüthigen Betragen verleitet, kränkt das Ehrgefühl der obersten Staatsbeamten; man schämt sich einer Stelle deren Schatten man nur besitzt, da die Gewalt selbst das Eigenthum einer untergeordneten Influenz geworden ist. Wird der Unwille des beleidigten Ehrgefühls unterdrückt, so wird mit ihm das Pflichtgefühl abgestumpft, und diese beide kräftige Triebfedern der Thätigkeit des Staatsbeamten gelähmt.

Der Geist des Dienstgehorsams verliert sich bey denen Untergebenen der obersten Vorsteher der Departements, da ihre

Dhnmacht bekannt ist, und jeder der den Götzen des Tages nahe kommen kann, versucht sein Heil bey ihnen, und vernachlässigt seine Vorgesetzte.

Der Monarch selbst lebt in einer gänzlichen Abgeschiedenheit von seinen Ministern, er steht mit ihnen weder in unmittelbarer Geschäftsverbindung, noch in der des Umgangs, noch in der der besonderen Correspondenz; eine Folge dieser Lage ist Einseitigkeit in den Eindrücken die er erhält, in den Beschlüssen die er faßt, und Abhängigkeit von seinen Umgebungen.

Diese Einseitigkeit in den Ansichten und Beschlüssen ist eine nothwendige Folge der gegenwärtigen Einrichtung des Cabinets, wo alle innere Angelegenheiten nur durch einen und denselben Rath vorgetragen werden, der mit den verwaltenden Behörden in keiner fortdauernden Verbindung steht, und dem die Geschäfte nur bei einzelnen Veranlassungen, sehr oft nur durch einzelne Berichte eines einzigen Ministers zukommen.

Man vermißt also bey der neuen Cabinetsbehörde gesetzliche Verfassung, Verantwortlichkeit, genaue Verbindung mit den Verwaltungsbehörden und Theilnahme an der Ausführung.

Da sich nun aus diesen Betrachtungen das Fehlerhafte der Einrichtung der neuen Staatsbehörde des Cabinets ergibt, so entsteht die Frage:

mildert ihre subjective Zusammensetzung das Fehlerhafte ihrer Einrichtung?

Das Cabinet insofern es sich nicht auf die Militärverwaltung bezieht, besteht aus denen beiden Cabinets-Räthen Beym und Lombard, und dem mit ihnen vereinigten und von ihnen abhängigen Minister Grafen von Haugwitz.

Der Geheime Cabinetsrath Beym besaß als Cammergerichts-Rath Achtung wegen seines geraden offenen Betragens, seiner gründlichen und gesunden Beurtheilung, seiner Arbeit-

samkeit. Er besitz Kenntnisse der Rechtsgelehrsamkeit; mit denen zur Leitung der innern Staatswirthschaft nöthigen Kenntnissen ist er nicht im mindesten vertraut.

Das neue Verhältniß in welches er als Cabinets-Rath trat, machte ihn übermüthig und absprechend, die gemeine Aufgeblasenheit seiner Frau war ihm nachtheilig, seine genaue Verbindung mit der Lombard'schen Familie untergrub seine Sitten-Reinheit, seine Liebe zum Guten, und verminderte seine Arbeitsamkeit.

Der Geheime Cabinetsrath Lombard ist physisch und moralisch gelähmt und abgestumpft, seine Kenntnisse schränken sich auf französische Schöngesterey ein, die ernsthaften Wissenschaften die die Aufmerksamkeit des Staatsmannes und des Gelehrten an sich ziehen, haben diesen frivolen Menschen nie beschäftigt. Seine frühzeitige Theilnahme an den Drgien der Kiezischen Familie, seine frühe Bekanntschaft mit den Ränken dieser Menschen haben sein moralisches Gefühl erstickt, und an dessen Stelle eine vollkommene Gleichgültigkeit gegen das Gute und Böse gesetzt.

In den unreinen und schwachen Händen eines französischen Dichterlings von niederer Herkunft, eines Roués, der mit der moralischen Verderbtheit eine gänzliche physische Lähmung und Hinfälligkeit verbindet, der seine Zeit in dem Umgang leerer Menschen mit Spiel und Polissonnerien vergeudet, ist die Leitung der diplomatischen Verhältnisse dieses Staates in einer Periode, die in der neueren Staatengeschichte nicht ihres Gleichen findet.

Das Leben des mit dem Cabinet affiliirten Ministers von Haugwitz ist eine ununterbrochene Folge von Verschrobenheiten, oder von Aeußerungen von Verderbtheit.

In seinen akademischen Jahren behandelte er die Wissenschaften leicht und unkräftig, sein Betragen war süßlich und geschmeidig.

Er folgte dann den Thoren, die in Deutschland vor dreißig Jahren das Geniewesen trieben, strebte nach dem Nimbus der Heiligkeit der Lavater umgab, ward Theosophie, Geistesfeher, und endigte mit der Theilnahme an den Gelagen der Riez, an den Intriguen dieser Frau, verschwendete die dem Staate gehörige Zeit am Lombre-Tisch und seine Kräfte in sinnlichen Genüssen jeder Art. Er ist gebrandmarkt mit dem Namen eines listigen Verräthers seiner täglichen Gesellschafterin, eines Mannes ohne Wahrhaftigkeit, und eines abgestumpften Wollüstlings.

Die Zusammensetzung des Cabinets ersetzt also nicht durch seine Eigenschaften das Fehlerhafte der Einrichtung selbst, und eine nothwendige Folge der Unvollkommenheit der Einrichtung und der Auswahl der Personen ist

das Mißvergnügen der Bewohner dieses Staates über die gegenwärtige Regierung

und die Nothwendigkeit einer Veränderung.

Es ist demnach nothwendig, daß eine unmittelbare Verbindung zwischen dem König und den obersten Staatsbeamten wiederhergestellt werde, daß die Personen welche den Vortrag der Staatsgeschäfte zur endlichen Entscheidung bey dem König haben, gesetzlich und öffentlich hiezu berufen, ihre Versammlungen zweckmäßig organisirt und mit Verantwortlichkeit versehen werden.

Die Staatsgeschäfte lassen sich unter folgende Abtheilungen ordnen, 1) Kriegswesen, 2) auswärtige Verhältnisse, 3) allgemeine Landespolizey im ausgedehntesten Sinne des Wortes, 4) öffentliches Einkommen, 5) Rechtspflege.

Jeder dieser Geschäftszweige würde einem Minister anvertraut werden, der in der versammelten Deputation des Staatsraths dem König die zu seinem Geschäftscrayß gehörige Angelegenheiten vorträgt, der nach erfolgter Abstimmung sämtlicher Mitglieder seine Befehle bekannt macht.

Die Minister müssen die wichtigeren Angelegenheiten selbst vortragen und schriftlich ihre Meinung abgeben, die übrigen tragen die Cabinetsräthe vor, diese fertigen die Angaben aus, die Minister unterzeichnen die Concepte der Cabinets-Ordres.

Der Großkanzler wohnt denen Versammlungen der Deputation des Staatsraths bey einzelnen auf die Rechtspflege sich beziehenden Veranlassungen bey.

Die Cabinetsräthe arbeiten in einem gemeinschaftlichen Bureau, welches während der Anwesenheit des Königs in Berlin und Charlottenburg hier ist, während der Anwesenheit des Monarchen in Potsdam, nach Potsdam folgt.

Die Minister besuchen das Bureau täglich um über die zum Vortrag kommenden Sachen zu deliberiren. Das regelmäßige und öftere Versammeln der Minister ist nöthig, damit die Geschäfte gemeinschaftlich und nicht einseitig, nach übereinstimmenden Grundsätzen und nicht nach zufälligen momentanen Ansichten und Einfällen bearbeitet werden.

Der Geschäftscrayß des geheimen innern Staatsraths würde sämtliche bisher zur königlichen unmittelbaren Entscheidung gebrachte Angelegenheiten umfassen, die Erfahrung würde Materialien zu einer genaueren und zweckmäßigen Bestimmung des Geschäftscrayßes verschaffen.

Eine gänzliche Umschmelzung der Geschäftsformen, eine Veränderung der Grundsätze erfordert eine Veränderung mit denen Personen welchen die Staatsverwaltung anvertraut ist.

Die gegenwärtigen Mitglieder des Cabinets werden sich das untergeordnete Verhältniß welches ihnen bestimmt ist, entweder nicht gefallen lassen, oder es untergraben, und hiezu den Einfluß, den Gewohnheit, Kenntniß der Individualität und Geschäftserfahrung giebt, benutzen.

Die neueren Ereignisse wo wir feyerlich sanctionirte Ver-

träge im Augenblick der Erfüllung umgangen, und bald darauf umgestoßen sahen, sind ein fürchterlich belehrendes Beyspiel, wie nothwendig es ist Personen zu ändern, wenn man Maßregeln ändern will.

Die neue Staatsverwaltung kann auch nur durch die Entfernung der Mitglieder der alten Zutrauen erlangen, da diese in der öffentlichen Meynung sehr tief gesunken, und zum Theil mit Verachtung gebrandmarkt sind.

Sollten Seine Königl. Majestät sich nicht entschließen die vorgeschlagenen Veränderungen vorzunehmen, sollten Sie fortfahren unter dem Einfluß des Cabinets zu handeln, so ist es zu erwarten, daß der Preussische Staat entweder sich auflöst oder seine Unabhängigkeit verliert, und daß die Achtung und Liebe der Unterthanen ganz verschwinde.

Die Ursachen und die Menschen die uns an den Rand des Abgrundes gebracht, werden uns ganz hineinstoßen; sie werden Lagen und Verhältnisse veranlassen, wo dem redlichen Staatsbeamten nichts übrig bleibt, als seine Stelle mit ohnverdienter Schande bedeckt zu verlassen ohne helfen zu können, oder an denen sich alsdann ereignenden Verworfenheiten Theil zu nehmen.

Wer mit Aufmerksamkeit die Geschichte der Auflösung Venedigs, des Falls der Französischen und Sardinischen Monarchie liest, der wird in diesen Ereignissen Gründe finden zur Rechtfertigung der traurigsten Erwartungen.

April 1806.

Stein."

Diese Darstellung blieb für den Augenblick ohne Erfolg⁵⁸.

Der König liebte außerordentliche Schritte nicht. Er achtete zwar Steins Wirken als Minister, und beabsichtigte bereits ihn sich näher zu stellen; aber er gestand ihm nicht die Berechtigung zu sich unaufgefordert in die Cabinetssachen zu mischen, und empfand es unangenehm, daß Stein auch den Cabinetrath Beyme angriff, welcher früher zu seiner Berufung

ins Ministerium gerathen hatte. Billig mußte auch der, welcher dem König einen Rath gab, die Ausführung desselben zu übernehmen bereit seyn, und da Stein sein Ehrenwort gegeben hatte, jeden persönlichen Vortheil ablehnen zu wollen, so schien der König in der Wahl eines andern Cabinetsministers wieder auf Hardenberg hingewiesen, dessen freiwilliger Rücktritt wegen seines Grundes beleidigt hatte. Der König ging also auf die Entlassung des Cabinets nicht ein; er glaubte einen Ausweg durch die Absendung des Herzogs von Braunschweig an den Kaiser Alexander gefunden zu haben. Der Herzog hatte die Politik des Cabinets seit dem Potsdamer Vertrage zu erklären und zu entschuldigen, und den Kaiser um seinen Beistand zu ersuchen, welcher dadurch am wirksamsten geleistet werde, wenn er sich mit Frankreich vertrage und den Rückzug des Französischen Heeres über den Rhein veranlasse. Da nun auch das neue Englische Cabinet zum Frieden geneigt war, so entschloß sich Alexander Herrn v. Dubril nach Paris zu senden. Dort fand er den Englischen Gesandten Lord Yarmouth vor; die Grundlage der Englischen-Französischen Unterhandlung war der gegenwärtige Besitzstand einschließlich Siciliens, gesonderte Führung der Friedens-Verhandlungen zwischen Frankreich und England und zwischen Frankreich und Rußland, jedoch zu einem gemeinsamen Schlusse. Der Russische Unterhändler aber hielt sich gesondert, und war zu einem Sonderfrieden durch die Englische Kriegserklärung gegen Preußen, so wie durch die immer weiter greifenden Maßregeln Napoleons nach Osten hin wohl noch geneigter gemacht. Noch im Mai hatte Napoleon die Republik Ragusa besetzen lassen, am 5ten Junius die Batavische Republik unter dem Namen eines Königreichs Holland seinem Bruder Louis gegeben, und der deutsche Churercanzler von Dalberg hatte sich nicht geschämt einen Ausländer, Napoleons

Stiefsohn, den Cardinal Fesch zu seinem Nachfolger anzunehmen und über die Auflösung des Deutschen Reichsverbandes heimlich zu unterhandeln. Alle diese Veränderungen und die Besorgniß vor noch größeren welche bevorständen wenn man sich nicht beeile, benugte Talleyrand um seine Gegner zur Nachgiebigkeit zu bestimmen. Dubril unterzeichnete am 20sten Julius einen einseitigen nachtheiligen Vertrag, und Lord Jarmouth welchem die unbedingte Rückgabe Hannovers angeboten ward, lehnte er nicht ganz ab über Abtretung Siciliens gegen die Hansestädte, oder die Balearenischen Inseln, zu unterhandeln; aber Fox ging auf solche ehrenrührige Vorschläge nicht ein, und die Unterhandlungen wurden von Französischer Seite absichtlich nur deshalb hingeschleppt, um eine frühere Annäherung Englands an Preußen zu verhindern, und dieses völlig vereinzelt überfallen zu können. In der Mitte des Juli schickte Napoleon seine in Frankreich auf Urlaub befindlichen Offiziere zu dem Heere in Deutschland zurück; seine Plane mit diesem Lande waren zu einem entscheidenden Schlage reif, und er wollte auf jedes Ereigniß gerüstet seyn.

Er hatte bereits seit einiger Zeit geheime Unterhandlungen mit seinen deutschen Bundesgenossen aus dem letzten Kriege und einigen andern Fürsten gepflogen, um das südliche und westliche Deutschland auch der Form nach völlig loszureißen, das Reich aufzulösen, und die Schutzherrschaft welche dem Kaiser gehörte von dem Oesterreichischen Hause auf Frankreich zu übertragen.

Am 12ten Julius ward zu Paris der Rheinbund geschlossen; Bayern, Würtemberg, Baden, Darmstadt, Nassau, der Churerkanzler, Hohenzollern, Salm, Isenburg, Lichtenstein, Aremberg, Leyen und der neue Herzog von Berg trennten sich vom Deutschen Reiche, gaben sich in Frankreichs Schutz, und erklärten, dessen Kriege auf dem festen Lande als ihre eigenen

betrachten und mit einem Heer von 63,000 Mann ausfechten zu wollen. Zum Lohn des Verraths wurden ihnen die Gebiete der benachbarten deutschen Fürsten ohne Unterschied, die freien Reichsstädte Augsburg, Frankfurt und Nürnberg, und die Reichsritterschaft überlassen; dazu kam die Abschaffung aller deutschen Reichsgesetze, und der Schein der Oberherrlichkeit oder „Souverainetät“ bahnte ihnen den Uebergang zu völliger Rechtlosigkeit der Unterthanen, welche von nun an als reine Sachen für Laune und Willkür der Fürsten und eines fremden Eroberers ausgebeutet wurden.

Die Theilnehmer dieser Handlung zeigten sie am 1sten August dem Reichstage zu Regensburg durch ihre dortigen Gesandten an, diese priesen den neuen Zwingherrn, „dessen Absichten sich stets mit dem wahren Interesse Deutschlands übereinstimmend gezeigt hätten,“ und schlossen mit der Versicherung ihrer hochachtungsvollsten Ergebenheit für die Reichsversammlung. Zugleich erklärte der Französische Gesandte Bacher, daß sein Herr das Deutsche Reich nicht mehr anerkenne, übrigens niemals Frankreichs Gränzen über den Rhein ausdehnen werde. Zwei Tage vorher hatte Napoleon Wesel an der rechten Seite des Rheins mit Frankreich vereinigt. In Folge dieser Erklärungen legte Franz II. am 6ten August die Römische Kaiserwürde nieder, da er außer Stande sey, seine beschworenen Pflichten zu erfüllen, er auch durch Errichtung des Rheinbundes die Kaiserwürde erloschen und sich von allen Pflichten gegen das Reich losgezählt betrachte, und erklärte daß er seine Deutschen Provinzen von allen Pflichten gegen das Deutsche Reich loszähle.

Diese traurigen Vorgänge zeigen, daß die deutsche Reichsverfassung ihren sichersten Grund in den Herzen und Gedanken der Mächtigen, des Kaisers und seiner nächsten Gehülfen verloren hatte, und fallen mußte wenn nicht neben und außer den

verfnöcherten Staatsgebilden das ursprüngliche tiefe Leben des Volkes sich Luft machte. Der staatsrechtliche Bau, Kaiser und Reich, war nicht seiner selbst wegen sondern als Mittel aufgeführt worden, dem deutschen Volke, welchem Karl der Große zuerst die Staatseinheit gegeben hatte, die größten Güter jedes Volkes, Gerechtigkeit und Frieden, zu sichern und die christliche Kirche zu schützen; die Pflicht hierzu lag dem Kaiser wie dessen Stellvertretern den Fürsten ob; und wenn ein Theil der Letzteren sich von dieser Pflicht los sagte und am Reiche wie am Volke frevelte, so mochte der Kaiser wenn er nicht helfen konnte seine Würde niederlegen, aber weder hatte er ein Recht sich und seine vom Reiche zu Lehen gehenden Lande eigenmächtig vom Reiche zu trennen und sie und sich von der Reichspflicht loszusagen, noch auch des Kaiserthums und Reiches Ende zu erklären. Denn das deutsche Volk hatte und behielt das unveräußerliche Recht auf sein Daseyn als Volk, auf seine staatliche Einheit, auf die Gewährung von Recht und Frieden für den Einzelnen und das Ganze, und auf Erhaltung und Herstellung der dazu geschaffenen oder nothwendigen Staatsbildung. Daher konnte Franz II. Abdankung das deutsche Reich nicht auflösen, es blieb zu Rechte bestehen, wie es in den Zeiten des Zwischenreichs nach Friedrich II. bestanden hatte; diese Ueberzeugung ward von dem Churfürsten von Hannover getheilt, sie lebte im Volke, und sie ist der wahre und unvertilgbare Grund der Rechtsforderungen welche seit jener Zeit Deutschland unablässig an seine Fürsten gemacht hat, und denen es nie entsagen wird, so lange der eingeborne uralte Sinn deutscher Rechtlichkeit und darauf beruhender Freiheit in den Herzen lebt.

Selten werden die Völker durch politische Lügen lange getäuscht; auch jetzt glaubte schwerlich Ein vernünftiger Deutscher an die „Würde und Reinheit der Zwecke“ deren sich die Rheinbundregierungen in ihrer Bundesurkunde berühmten; und

was es bedeute, daß alle deutschen Reichsgesetze abgeschafft seyn sollten, ward dem entrüsteten Volke sogleich in dem Morde eines seiner Bürger anschaulich. Der neue Beschützer des Rheinbundes ließ den Buchhändler Palm in Nürnberg als der Verbreitung mißliebiger Bücher verdächtig gewaltsam aus Bayerischem Gebiete entführen, und am 25ten August in Braunau unter dem Trugscheine kriegsrechtlicher Formen erschießen. Dieser Mord, von Napoleon kalt beschlossen und ausgeführt, wirkte in ganz Europa wie zwei Jahre vorher der Mord des Herzogs von Enghien. Der Tiger bedarf Blut, urtheilte man, gleichviel welches; und ein allgemeiner Schrei des Unwillens ging durch Deutschland und Europa, indessen die Rheinbundfürsten den Preis ihrer Ketten in Besitz nahmen.

Schon am Tage vor der Erklärung seines Gesandten am Reichstage am 31ten Julius hatte auch der Herzog Friedrich August zu Sibirich ein Patent erlassen, worin er kraft des 25ten Artikels der Rheinbundacte die Güter der Reichsritterschaft an sich nahm. Die Mittelrheinische Ritterschaft berief ihre Mitglieder auf den 8ten September zu einer Beredung nach Frankfurt; aber es war klar, daß von Regierungen welche so eben ihr Vaterland aufgegeben und sich selbst den fremden Fuß auf den Nacken gesetzt hatten, am wenigsten Gerechtigkeit gegen die Schwächeren zu erwarten sey. Stein schrieb am 20ten August aus Heiligenstadt an seinen Amtmann Wieler: „Ich aber werde mich ansehen als einen fremden im Preussischen Domicilirten und auf immer etablirten angeessenen Edelmann, der im Nassauischen Güter hat, also keine persönliche Verpflichtungen übernimmt.“

Am 5ten September erließen die Herzoge von Ursingen und Weilburg ein Patent über die Besignahme, am 8ten erschien der Nassauische Amtmann Ler und verlas eine Bekanntmachung des Herzogs vom 30ten August, wonach die Lande unter Herzog-

liche Souverainetät kommen sollten, und am 9ten verfügte das neue Nassauische Amt, daß die Unterthanentreue und die Rechts-sachen nunmehr auf den Herzog übergegangen seyn, den Herren vom Stein dagegen das Eigenthum verbleiben sollte. Die Herren vom Stein hatten die Landeshoheit in bürgerlichen, peinlichen und Kirchensachen in Nassau durch die Nassauischen Lehnbriefe, in Frücht und Schweighausen durch Kauf erworben; jetzt nun ward ihnen die Huldigung aufgezwungen, sie sollten den Nassauischen Obergerichten unterworfen seyn, Nassauische Landeshoheit anerkennen und die Rittersteuer nach Biberich entrichten.

Von allen jenen Verhandlungen welche der Auflösung des Deutschen Reiches vorhergingen, hatte Preußen nicht die geringste Kenntniß. Es war bereits zu tief in der Meinung gesunken, als daß Napoleon besondere Schonung oder Rücksicht nöthig gefunden hätte. Dieses demüthigende Verhalten und die Entdeckung der Treulosigkeit womit Napoleon so wie England Hannover, so Rußland insgeheim Preußisch-Polen angeboten hatte, mußten das Preußische Cabinet völlig enttäuschen; es gelang jedoch dem Französischen Kaiser durch einen abermaligen Trug einen weiteren Aufschub zu gewinnen, bis er sich von den Absichten des Russischen Kaisers überzeugt habe, welcher den Dubrilschen Vertrag noch nicht genehmigte. Indem er Preußen von der Stiftung des Rheinbundes in Kenntniß setzen ließ, verband er damit den Antrag an diese Macht, das nördliche Deutschland um sich zu einem ähnlichen Bunde zu vereinigen, und das Berliner Cabinet ging nothgedrungen auf diesen Gedanken ein. Es knüpfte Unterhandlungen an; Sachsen und Hessen, Holstein⁵⁹, Mecklenburg, Oldenburg, die Sächsischen Herzogthümer, Fulda, die Hansestädte wurden als Haupttheilnehmer des Bundes betrachtet; aber die Bemühungen fanden an den erst geheimen später selbst offenen Gegenwirkungen Frankreichs Hindernisse, welche verbunden mit den früheren

Herabwürdigungen das Cabinet über seine Lage aufklärten. Indessen wurden wenigstens mit Sachsen und Hessen feste Bündnisse abgeschlossen, und in der Stille allgemeine Eröffnungen an Oesterreich gemacht, welche jedoch bei dem herrschenden Mißtrauen gegen Haugwitz keinen Erfolg hatten⁶⁰; Eröffnungen des Englischen Gesandten in Wien an Hardenberg dienten zwar zur Anknüpfung, konnten aber auf diesem doppelten Umwege bei dem fortwährenden Verlangen Hannover zu behalten und der Unentschlossenheit des Cabinets nicht so rasch wirken als das Bedürfniß erforderte. Wie konnte überhaupt der König gut bedient werden, da auch in den auswärtigen Unterhandlungen die Einheit fehlte, indem neben dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten und ohne dessen Wissen ein zweiter Minister mit geheimen Unterhandlungen mit Rußland und England⁶¹ betraut war.

Auf die sichere Nachricht von dem Französischen Anerbieten Hannovers und von dem Anrücken Französischer Truppen in Franken und Westphalen setzte der König am 9ten August sein Heer auf den Kriegsfuß, und sandte einen erklärten Anhänger der Franzosen General Knobelsdorff nach Paris; aber einen Gesandten nach St. Petersburg zu schicken ward bis auf entscheidende Nachrichten aus Paris verschoben, und so das rechtzeitige Eintreffen der Russischen Hülfe versäumt. Die Aufstellung, Versorgung und Ergänzung des Heeres erfolgte unter dem Einfluß veralteter Formen und Bedürfnisse langsamer als erforderlich, die Ostpreussischen Truppen wurden gar nicht herbeigezogen, und von den Verbündeten erschienen nur die Sachsen, während unter den außerordentlichen Umständen, denen das nördliche Deutschland entgegensah, die nachdrücklichsten Anstrengungen zu sofortiger Vereinigung aller seiner Kräfte, welche sonst doch nur den Franzosen in die Hände fielen, nothwendig war; man erlaubte sogar dem Churfürsten von Hessen dem

Versprechen entgegen sein Heer unter dem Vorwande einer unmöglichen und ihm verderblichen Neutralität zurückzuhalten.

Es konnte von Männern welche bisher in der Hingabe an Frankreich ihre Bestimmung fanden, nicht erwartet werden, daß sie alle noch übrige Schnellkraft in der entgegengesetzten Richtung aufbieten würden. Sie hingen noch immer an der geheimen Hoffnung des Friedens; sie kannten das Mißtrauen welches ihre Handlungsweise im In- und Auslande erweckt hatte, sie waren daher unfähig in einem Augenblicke der größten Gefahr die Kraft des Landes aufzubieten und zu leiten.

Diese Ueberzeugung fand Stein allgemein verbreitet, als er im August von einer Dienstreise durch Schlessen, das Halberstädtische und Magdeburgische zurückkam. Er hatte in Schlessen die unter der einsichtsvollen Leitung des Ministers Grafen v. Reden kräftig und segensreich für das Land entwickelten Berg- und Hüttenwerke besichtigt. Zu Dresden sah er Gens, der vier Jahre vorher aus dem Generaldirectorio geschieden und in Oesterreichischen Dienst getreten war. Beider Ansichten über die Lage der Dinge trafen zusammen; Gens schrieb darüber an Joh. Müller:

„Der Minister v. Stein, der einige Tage hier war, ist der erste Staatsmann von Deutschland. Der sollte mir gewiß wenn ich in Berlin lebte, nicht lange brach liegen; bei seinen tiefen Einsichten und großem Character käme es bloß darauf an, ihm Beistand zu versichern; denn zu handeln ist er völlig entschlossen. Aber ganz allein kann er auch nicht, und was soll ich — von Berlin erwarten?“

In Berlin hatte die Besorgniß und Gährung über die gefährliche Lage des Staats und dessen unsichere Leitung die höchsten Kreise erfaßt. Die Prinzen Heinrich und Wilhelm, Brüder des Königs, Prinz Louis Ferdinand, der Prinz von Dranien vereinigten sich in der Ueberzeugung, daß es nothwendig sey den König auf die Lage der Dinge aufmerksam zu

machen. Auch Stein hatte seit dem vergeblichen Versuche im Mai nur von einem vereinigten Schritte der angesehensten Häupter des Heeres und der Verwaltung einen Erfolg erwartet, und den Generalen Blücher und Rüchel deshalb geschrieben, Blücher auch einen vergeblichen Brief an den König gesandt. Stein trat daher dem Vorschlage der Prinzen bei, und unterzeichnete mit ihnen und den Generalen Rüchel und Phull eine Denkschrift, welche Johannes Müller, vom Prinzen Louis Ferdinand aufgefodert, verfaßt hatte. Da Rüchel durch den Marsch seines Corps an der persönlichen Uebergabe, welche Stein anrieth, verhindert ward, so übergab er die Schrift nebst einem Briefe des Herzogs von Braunschweig durch einen seiner Adjutanten am 2ten September dem König:

„Allerdurchlauchtigster ic. ic.

Der Unterzeichneten ungeheuchelte Verehrung und persönliche Anhänglichkeit für Allerhöchstdieselben und für die in der gefahrvollen Krise von Eurer Majestät regierte Monarchie und der eifrigste Wunsch für die Erhaltung der Existenz, Unabhängigkeit und Würde der letztern, ist das einzige Motiv dieser allerunterthänigsten Vorstellung über einen Hauptpunkt gegenwärtiger Lage der Dinge. Wir expliciren uns hierüber mit dem Zutrauen, welches Männern gebührt, die zu jeder Stunde bereit sind, für Eurer Majestät Person und Staat ihr Leben zu lassen, und welche zu einem König reden, der mit unerschütterlicher Standhaftigkeit das Gute will, sobald es ihm freimüthig und klar vorgelegt wird.

Eurer Majestät ist die Lage von Europa und die Gefahr der Preussischen Monarchie bekannt. Nicht ohne Entsetzen vermag man sich vorzustellen, wie weit es gekommen ist, seit man einer auswärtigen Macht erlaubt hat, ein Teutsches Churfürstenthum mitten im Frieden des Reichs mit Krieg zu überziehen, und wie unerhört schnell das Teutsche Reich fremdem Willen

unterworfen ist, seitdem durch Particular-Conventionen im vorigen Winter das Interesse Eurer Majestät von demselben getrennt wurde. Nicht nur ist hierdurch das von Friedrich dem Großen mit so vieler Weisheit gegründete System, die wichtigsten Teutschen Staaten, besonders im Norden, der Preussischen Monarchie anzuschließen, vernichtet worden, sondern auch Ew. Majestät Allerhöchstselbst sind in dem Falle gewesen, Ihre ältesten durch so viele Jahrhunderte erprobten und andere so getreue als liebende Unterthanen gegen eine immer noch höchst ungewisse Besizung hinzugeben, und sich dabei in einen dem Handel und Finanzwesen höchst verderblichen Krieg einzulassen.

Was geschehen, ist Nichts im Vergleich des Bevorstehenden; Ihre nächsten getreuen Allirten sind in äußerster Gefahr, ohne einige Rücksicht haben Dero nächste Verwandten, ein mit dem Brandenburgischen seit beinahe 200 Jahren verbundenes Haus, die wichtigsten Besizungen durch einen Machtstreich eingebüßt.

Die Augen von ganz Teutschland suchen Eure Majestät. Man kann nicht begreifen, wie das schöne unüberwundene Heer Friedrich's, das durch so viele große und schwere Schlachten so herrlich hervorleuchtet und welchem Eure Majestät selbst die größte Aufmerksamkeit schenken, für die Erhaltung so heiliger Interessen nicht verwendet wird. Ew. Majestät hatten schon einmal den Willen dazu, und mit welcher Ergebenheit, mit welchem rührenden Wetteifer haben die Armee und sämtliche Provinzen ihre Bereitwilligkeit zu den größten Aufopferungen gezeigt. Es war eine Zeit, wo Allem, was man seither gesehen, vorgebeugt werden konnte, allein alle Hoffnung ist verschwunden, als der Graf von Haugwitz den Auftrag einer Negoziation erhielt.

Zum zweyten Mal ist nun der Fall einer sehr kostspieligen Rüstung, und wahrlich gilt es um Alles; denn wenn auch Bonaparte sich einen Augenblick verstellen sollte, entweder weil er nicht eben jetzt mit Preußen Krieg, oder weil er nur ein-

schläfern und durch mehrere Mürme ermüden, erschöpfen und alsdann desto schneller vernichten will — so ist es nichts desto weniger gewiß, daß er Preußen in eben dieselbe Dienstbarkeit zu bringen trachtet, wie andere unter seinem Joche seufzende Staaten. —

Eure Königl. Majestät werden bemerkt haben, und wir können alle Denselben auf das Theuerste versichern, daß alle Preussische Völkerschaften und alle Corps der Armee in voller Begeisterung dazu bereit sind, für die Ehre Eurer Majestät, für die Fortdauer des glorreichen Preussischen Throns und Ihres Hauses und für die fernere Freyheit und Glückseligkeit des gemeinschaftlichen Vaterlandes Alles zu wagen und auch das Leben freudig hinzugeben. Mit Unruhe denkt man sich die Möglichkeit, auch diese Nationalanstrengung, diesen großen Aufwand, diese allgemeine Erwartung durch die Leichtgläubigkeit oder Heucheleiy eines anderen Unterhändlers und eben desselben Cabinets getäuscht und vereitelt zu sehen. Bedenkliche Folgen für die innere Ruhe der Monarchie lassen sich eher mit Schrecken voraussehen als in ihrer weitreichenden Consequenz ermessen. Dieser wichtigste Punkt lähmt die Zuversicht und schwächt die Hoffnungen, nimmt den Muth und läßt (werde es Krieg oder Frieden) das Aeußerste befürchten. Und das ist es, worüber wir Eurer Majestät unsere Betrachtungen mitzutheilen für pflichtmäßig halten, da Allerhöchstselbst aus mancherley Gründen nicht so genau wie wir davon unterrichtet seyn können.

Die ganze Armee, das ganze Publikum und auch die bestgesinnten auswärtigen Höfe betrachten mit äußerstem Mißtrauen das Cabinet Eurer Majestät, wie es gegenwärtig organisiert ist. Dies Cabinet, welches nach und nach zwischen Eure Majestät und das Ministerium sich so eingedrungen hat, daß jedermann weiß, es geschehe Alles durch die drey oder vier Männer, hat besonders in Staatsfachen alles Zutrauen längst eingebüßt. Aller der freche Mißbrauch, welchen Bonaparte von der Frie-

denstliebe Eurer Majestät gemacht hat, wird ihnen zugeschrieben. Die öffentliche Stimme redet von Bestechung. Dies wollen wir ununtersucht lassen, denn auch Vorurtheile und andere persönliche Neigungen und Verhältnisse können zu eben so schlechten Handlungen verleiten wie das Geld. Genug die allgemeine und auf notorische Thatfachen gegründete Ueberzeugung ist, daß es mit Bonaparte auf alle Weise colludirt und entweder den Frieden durch die schändlichste Nachgiebigkeit erkaufen, oder im Kriege äußerst schwache Maßregeln ergreifen, oder wenn Ew. Majestät kräftige vorschreiben, und ehrenvolle Generale sie auch herzhast ausführen wollen, dieselben lähmen, wo nicht verrathen, und hierdurch über Ew. Majestät, über Dero ganzes Haus und getreue Unterthanen das äußerste Unglück bringen wird. In allem Diesem, wir gestehen es, ist unsere Besorgniß von der des Heeres und des Publikums nicht unterschieden. Wir wollen aber jetzt nicht hiervon sprechen, sondern von der äußersten Nothwendigkeit, in der Zeit einer solchen fürchterlichen Krisis, wo es um Ew. Majestät Thron, das Glück Ihres Hauses und unserer Aller Existenz zu thun ist, alle Anlässe des Mißtrauens zu entfernen, auf daß jeder muthvoll seine Pflicht erfüllen könne. Eure Majestät! Unsere Geburt, welche uns die allerheiligsten Pflichten auferlegt, die Grade zu welchen Hochderoselben Gnade und Vertrauen andere von uns erhoben hat, und welche uns zu dem feuervollsten Diensteifer verbinden, haben uns nicht zugelassen, zu verschweigen, was ganz Preußen, ganz Deutschland und Europa weiß.

Eure Majestät haben in Dero Staate eine Menge der geschicktesten Männer, durch welche diese Wenigen, deren Entfernung nöthig ist, gar sehr leicht ersetzt werden können. Es ist sogar leicht möglich, den ganzen Gang der Geschäfte zu erleichtern, zu simplificiren. Aber die Hauptsache ist, daß nur durch die Entfernung des Cabinetministers Grafen v. Haugwitz, und der beiden Cabineträthe Beyme und Lombard Zutrauen, Festig-

keit und Ruhe in die Gemüther und eine gegründete Hoffnung des guten Ausgangs der Sachen zu erzielen möglich ist. Wenn Bonaparte Ew. Königl. Majestät von bessern Rathgebern umgeben sieht, so wird er solideren Frieden machen und ihn halten, oder man wird Ew. Majestät Reich und Würde gegen ihn zu behaupten wissen. Die Welt ist voll der bereitwilligsten Allirten, die Furcht nur, durch das Cabinet an Bonaparte verrathen zu werden, ist seit mehreren Jahren das einzige Hinderniß, welches viele abgehalten hat, Ew. Majestät ihre Gesinnungen mit dem Vertrauen zu entdecken, wozu Höchstdero persönliche Biederkeit sonst so einladend gewesen wäre. Selbst über Hannover ist eine Uebereinkunft mit England nur dann möglich, wenn die Ursachen des Mißtrauens enifernt sind. Zu alle dem giebt es durchaus kein anderes Mittel, und wir sind dermaßen davon überzeugt, daß bey dem allerwärmsten Willen Eurer Majestät aus allen Kräften zu dienen, wir gleichwohl fühlen, daß selbst unsere Dienste nicht hinreichen würden, die besorglichen Uebel abzuwenden.

In der Zuversicht, Eure Majestät werden diese wohlgemeinte Aeußerung nicht als die einer persönlichen Leidenschaft oder Täuschung, sondern als den von uns aufgefaßten Ausdruck der öffentlichen Stimme mit der Huld aufnehmen, welche durch die vollständigste Hingebung unserer Seits für Höchstdero Dienst erwiedert wird, und Allerhöchstdieselben werden die ganze Liebe Ihrer guten Völker, (eine Liebe die vielleicht nie ein Regent so genießen konnte,) und den Ruhm des Preussischen Namens, welcher jetzt für ganz Deutschland rettend werden kann, durch die Entlassung weniger desapprobirter Personen gern auf ewig erwerben, sichern und befestigen wollen."

Der König ward über diesen ehrerbietigen aber ungewöhnlichen Schritt, wozu die Unterzeichner nur durch das dringendste Gefühl der Gefahr bewogen waren, sehr aufgebracht; er sah

darin eine höchst strafbare Anmaßung, gab seinen beiden Brüdern und dem Prinzen von Oranien einen scharfen Verweis, schickte sie schleunigst zu ihren Regimentern, und ließ Stein seine Unzufriedenheit durch den General Phull zu erkennen geben. Vielleicht hoffte er auch noch den Frieden zu erhalten, und sah in der Aufgebung des Cabinets einen Schritt, welcher den Bruch mit Frankreich unwiederbringlich herbeiführen müsse. Die Königin hatte das Urtheil ihres Gemahls über die Schrift getheilt. Es war die Absicht der Unterzeichner, mit Zuziehung der Generale Blücher, Schmettau und Fürst Hohenlohe dem Könige eine zweite Vorstellung zu übergeben, und sämmtlich ihre Stellen niederzulegen; den Generalen schien es aber unpassend, unmittelbar vor dem Ausbruche eines Krieges den Degen einzustecken⁶², und als Prinz Wilhelm sich am 3ten September in einer Unterredung mit dem Könige von der Unmöglichkeit, seinen Bruder zu bewegen überzeugte, und als Bruder nicht weiter gehen zu dürfen erklärte, so ward jeder weitere Schritt aufgegeben. Diese zweite Vorstellung ist von einer mir unbekannten Hand; eine der vorhandenen Abschriften von Stein selbst hin und wieder verbessert.

Steins Stimmung und Entschluß sprachen einige Zeilen aus, die er am Tage der Uebergabe der Schrift, vermuthlich nachdem er das Mißlingen erfahren hatte, an Wincke sandte:

„Berlin den 2ten September 1806. Daß man Westphalen ausplündern und verlassen wolle, dieses ist irrig; daß ich zu den Einfluß habenden Personen kein Zutrauen habe darin stimme ich mit Ihnen überein — übrigens muß jeder festhalten und auf seinem Punkt würfen was er kann — erinnern Sie sich der Emigranten.

Stein.

Empfehlen Sie mich dem General — Spiegel und Kampz.“

A c h t e r A b s c h n i t t .

September 1806 — Januar 1807.

Der Wunsch des Königs, den Ausbruch des Krieges noch zu vermeiden, hatte einen triftigen Grund in seinem Mißtrauen in die Tüchtigkeit des Heeres, dessen Fehler er mit seinem natürlichen richtigen Blick aufgefaßt aber gegen das Herkommen und die Meinungen der alten Befehlshaber und seiner Generaladjutanten Zastrow und Kleist nicht hatte verbessern können. Die obere Leitung war ohne Geist. In jeder Hinsicht veraltet, der Zahl nach viel zu groß für die Kraft des Landes, und auf dieser Höhe durch ausländische Werbung und eine 25 bis 30jährige Dienstzeit erhalten, stand das Heer, in welchem nur der Adel zu Offizierstellen befähigte und der Gemeine herabwürdigenden Leibesstrafen unterworfen war, durch Zusammensetzung, Einrichtung, einseitige Ausbildung und schroffen Kastengeist seiner meisten Bestandtheile in einem unnatürlichen Zwiespalt mit den übrigen Ständen. Die nothwendige Sparsamkeit ward auf zweckwidrige Weise gegen die große Zahl gerichtet, die Bewaffnung war schlecht, Nahrung und Kleidung des Soldaten unter dem Nothdürftigen, dagegen die Einnahmen der höheren Offiziere vom Compagniechef an in Friedenszeiten